

29.01.2020

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Telefon (030) 47 37 81 23
Telefax (030) 47 37 81 25

dpolg@dbb.de
www.dpolg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

Verkehrsgerichtstag in Goslar DPoIG: Aggression im Straßenverkehr ist gesellschaftliches Phänomen

„Wir machen einen großen Fehler, wenn wir das Thema Aggression im Straßenverkehr isoliert betrachten und lösen wollen. Was sich auf unseren Straßen abspielt, ist vielmehr auch Abbild dessen, was in der Gesellschaft insgesamt vor sich geht“, beurteilt **DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt** das Thema eines Arbeitskreises beim Verkehrsgerichtstag in Goslar, der morgen früh beginnt und mit seinen beschlossenen Empfehlungen zu verschiedenen verkehrspolitischen Themen am kommenden Freitag endet.

Gemeinsam mit weiteren Verkehrssicherheitsexperten der DPoIG reist der DPoIG-Vorsitzende heute nach Goslar, um an den Beratungen und Beschlüssen des VGT teilzunehmen. **Rainer Wendt**, Mitglied des Vorstandes des Verkehrssicherheitsrates (DVR), glaubt nicht an einfache Lösungen im Kampf gegen illegale Autorennen, Drängler, Rüpel und Raser im Straßenverkehr: „Rücksichtslosigkeit, Egoismus und die Überbetonung von Eigeninteressen beobachten wir überall, die Ursachen sind vielfältig. Deshalb bin ich nicht davon überzeugt, mit Einzellösungen, etwa Tempolimits oder härteren Bestrafungen weiterzukommen. Vielmehr muss das Geschehen auf unseren Straßen im Gesamtzusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen insgesamt betrachtet werden.“

Ohnehin ist die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, „das löst kein Problem“, ist sich **Rainer Wendt** sicher und mahnt an, den ablehnenden Beschluss des Deutschen Bundestages nicht länger zu ignorieren: „Das Trommelfeuer für ein solches Tempolimit hat unmittelbar nach dem ablehnenden Beschluss der höchsten deutschen Volksvertretung eingesetzt, das offenbart ein seltsames Verhältnis zu unseren demokratischen Institutionen!“

Im Kampf gegen illegale Autorennen und Raser im Straßenverkehr setzt die DPoIG auf zusätzliches Personal bei der Polizei, den Einsatz moderner Technik und gesetzliche Maßnahmen. Moderne Videotechnik soll die Beweiserhebung erleichtern und eine gesetzliche Regelung zu so genannten Halterhaftung soll sicherstellen, dass die Halter von Fahrzeugen die Identität der angeblichen Fahrer preisgeben. **Rainer Wendt**: „Die zermürbende und sehr personalintensive Feststellung von Fahrern könnten wir uns sparen, wenn es eine Regelung gäbe, die überall in Europa längst üblich ist. Die Ausreden der Halter, dass angeblich jemand anderes gefahren sei und den Verkehrsverstoß begangen habe, gehörten dann der Vergangenheit an!“